

Hans-Peter Krüger

Das strukturelle Rätsel „DDR“ und die protestantische Mentalität der ostdeutschen Mehrheit

Noch immer gibt die DDR, dieses verwünschte Klein-Atlantis, Rätsel auf. Sie bestand gut vierzig Jahre, zwei Generationen lang, und schien unter den staatssozialistischen Ländern das wirtschaftlich und politisch stabilste zu sein. Andererseits verschwand sie überraschend schnell und friedlich, nach den ersten Massendemonstrationen im November 1989 in weniger als einem Jahr. Wie lassen sich ihre relativ langlebige und stabile Entwicklung mit ihrem raschen und friedfertigen Ende vereinbaren? — Gewiß können beide Seiten des Phänomens „DDR“ nicht ohne die deutsche Frage im Kontext der europäischen Teilung seit dem Zweiten Weltkrieg, nicht ohne Berücksichtigung also vor allem der alten Bundesrepublik und der Sowjetunion, verstanden werden. Allein, was ermöglichte von innen beides, Stabilität wie Auflösung der DDR?

Die Doppeldeutigkeit reformsozialistischer Ideen, die in der DDR-Bevölkerung bis zum Dezember 1989 überwogen, gibt einen ersten Wink zur Lösung des Problems. Aber die immanente Auflösung ehemals stabiler Grundstrukturen beantwortete noch nicht die Frage nach einer *hinc et nunc* machbaren Alternative. In dieser Frage entschied sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung in den März-, Oktober- und Dezember-Wahlen 1990 (zur letzten Volkskammer, den ersten ostdeutschen Landtagen und dem ersten gesamtdeutschen Bundestag) anders, als es die Mehrheit der west- wie ostdeutschen Intellektuellen erhofft hatte. Seither reißt die Produktion von DDR-Mythen durch die meisten deutschen Medienmacher und auch Intellektuellen nicht mehr ab.

Die Frage nach der Vorgeschichte der ostdeutschen Bundesbürger ist nicht nur von historischem Interesse. Wenn die DDR wie ein Kartenhaus zusammenfiel, mit welchen ostdeutschen Karten haben wir es im gegenwärtigen und künftigen Deutschland, und dies heißt auch Europa, zu tun? Sind da, rechnet man die Nazizeit mit, durch fast sechs Jahrzehnte oder drei Generationen hindurch totalitär Geprägte der Bundesrepublik beigetreten, die nun deren politisch-moralisches Niveau gefährden und wirtschaftlich von ihr nassauern? Wie werden sich die beigetretenen Bundesbürger in kritischen Situationen verhalten, wie sie bereits eingetreten sind

als innere Probleme bei der Gestaltung der Beitrittsfolgen, noch mehr aber wahrscheinlich eintreten werden im Hinblick auf die von außen wachsenden Anforderungen an Deutschland? Sind ehemalige DDR-Bürger für neonazistische oder neokommunistische Versprechen besonders anfällig? Oder werden sie sich, gerade wegen ihrer jahrzehntelang negativen Erfahrungen, an die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft und der parteipolitisch repräsentativen Demokratie halten? Wie groß ist das ostdeutsche Potential, in Wiederbelebung der Freiheitserfahrung vom Herbst 1989 solche Spielregeln auf symbolisch gewaltlose Weise auch weiterentwickeln zu wollen?

Im folgenden interessiert mich an diesem von der DDR-Vergangenheit in die Zukunft der ostdeutschen Bundesländer weisenden Fragenbündel nur ein bestimmter Struktur- und mentalitätsgeschichtlicher Ausschnitt. Die Strukturen, die objektiv, und die Mentalitäten, die subjektiv eine DDR-Palette an Handlungsarten allererst ermöglicht haben, sitzen lebensweltlich tiefer als dieses Staatsgebilde je verinnerlicht war. Mentalitäten werden als eine Lebensform von Subjekten zu Subjekten tradiert. Objektiv reproduzierbare Strukturen, sie mögen von außen oder intersubjektiv eingeführt worden sein, werden generationsweise in der Lebenswelt sedimentiert.

Es vergeht kein Tag, an dem die Massenmedien nicht über ein Geschehen aus der versunkenen DDR berichten, das uns vor die Frage stellt: Inwiefern kann dieses Geschehen als Handlungsweise individuell zugerechnet und verantwortet werden, und inwiefern war es durch die damaligen überindividuellen strukturellen Bedingungen der Handlungsmöglichkeit oder -wahrscheinlichkeit bestimmt? Seit zwei Jahren kursieren in der deutschen Öffentlichkeit zwei extreme Unterstellungen, die noch aus der Terminologie des Kalten Krieges stammen: einerseits die Unterstellung, DDR-Bürger hätten strukturell betrachtet die idealiter freien westlichen Handlungsmöglichkeiten gehabt, andererseits die Annahme, DDR-Bürger hätten in nichts als totalitären Strukturen gelebt.

Ich möchte demgegenüber im ersten Teil des Beitrages an der These festhalten, daß es sich bei der DDR der 70er und 80er Jahre um eine posttotalitäre Diktatur neostalinistischer Art gehandelt hat. Diese konnte im internationalen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerb nur dadurch peripher bestehen, daß sie intern ihre parteistaatliche Monopolstellung einer spezifisch modernen Differenzierung aussetzte, als deren Parasit sie zunächst überlebte. Andererseits wurde dieses Monopolregime durch seine Modernisierung immanent paralytisiert und erodiert, bis es schließlich zugrunde ging, als dies auch seine außenpolitischen Existenzbedingungen gestatteten. Die neuen Bundesbürger sind schon von ihrer strukturellen Vorgeschichte her viel differenzierter, als sich dies in dem von

außen aufgesetzten Bewertungsschema „freiheitlich offen“ versus „totalitär geschlossen“ zum Ausdruck bringen läßt.

Auch im zweiten Teil meines Beitrages geht es um Differenzierung, die statt der Schablonen von außen dringend not tut, um die Folgen des Beitritts richtig gestalten zu können. Der Widerspruch zwischen amoderner Monopolstellung des Parteistaats und internen Modernisierungsprozessen ist mehr oder minder in allen neostalinistischen Regimes ausgetragen worden, jedoch auf verschiedene Weise. Am Fall der DDR fällt im Unterschied zu anderen staatssozialistischen Ländern das weitgehende Fehlen offener Polarisierungen, eruptiver Ausbrüche, gewaltsamer Lösungsversuche auf. Gewiß hat es diese mit dem begrenzten Aufstand von 1953, präventiv abgeblockt seitens der Diktatur mit dem Mauerbau 1961 und fortan durch einen Teil der Stasi, gegeben. Aber verglichen mit dem Aufstand in Ungarn 1956, mit der Invasion in die Tschechoslowakei des Prager Frühlings 1968, mit dem Kriegsrecht 1981 und der Solidamosc-Bewegung in Polen, gar mit der chinesischen und rumänischen Entwicklung und nun auch noch mit dem Auseinanderfallen Jugoslawiens und der Sowjetunion handelt es sich um innere Reformversuche, so 1971 durch das Regime selbst, 1976 vor allem durch die literarisch-künstlerische Intelligenz, in den 80er Jahren seitens der Oppositionsgruppen unter dem Dach der Kirche. Diese Reformversuche mündeten 1989/90 schnell und friedlich in eine Implosion statt Explosion und schließlich in eine Auflösung der alten Herrschaftsstrukturen durch Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Der alles in allem reformerische statt revolutionäre Weg der DDR-Bevölkerung ist nicht nur aus der Anwendung und Androhung von Gewalt, sei es durch sowjetische Panzer oder das SED-Regime, und auch nicht nur aus der historisch variablen Möglichkeit, in den Westen zu emigrieren oder dorthin ausgebürgert zu werden, zu erklären. Beides hat sicherlich zur quantitativen und qualitativen Begrenzung der Oppositionspotentiale beigetragen. Indessen liegt der springende Punkt für diesen Reformweg woanders: in den kulturgeschichtlich protestantischen Mentalitäten der übergroßen Mehrheit der DDR-Bevölkerung, im Unterschied zu den andernorts mehr katholischen oder orthodoxen Mentalitäten. Und eben um diese Mehrheit der zwölf Millionen Erwachsenen geht es auch heute, nachdem absehbar wird, daß in einem rechtsstaatlichen Verständnis bestenfalls einige zehntausend „Täter“ oder einige zehntausend „Opfer“ namhaft gemacht werden können, selbst unter Ausnutzung aller nie rechtsstaatlich geführten Akten der Stasi.

Die überwiegend protestantische Mentalität der DDR- bzw. neuen Bundes-Bürger zeichnet sich aus durch einen hohen Grad an Rationalisierung und Säkularisierung der christlichen Religion, durch ein weit entwickeltes Vermögen zur Verinnerlichung gesellschaftlicher Widersprüche und

durch eine in hohem Maße dezentrale, auf die Grenzen der Gemeinschaft (im Unterschied zur Gesellschaft) fixierte Lebensform.¹ Das DDR-Regime hat durch „humanistische“ Modifikationen seiner „marxistisch-leninistischen“ Praktiken dieser Mentalität Brücken gebaut. Umgekehrt wurden, angesichts der Erfahrung der Mitverantwortung am Dritten Reich und im Maße des Scheiterns historischer Alternativen zur DDR (1953, 1956, 1961, 1968), protestantische Wertorientierungen in den „realen“ Sozialismus hineinprojiziert. Durch Rationalität, Gemeinschaftsgeist und individuelle Selbstverwirklichung sollte dieser von innen heraus humanisiert werden. Aus der wechselseitigen Anpassung von Regime und Mentalität entstand eine Art von protestantischem Sozialismus, der alles in allem während der 60er und 70er Jahre erfolgreicher als die mentalitätsgeschichtlich mehr katholischen und orthodoxen Arten von Staatssozialismus funktionierte.

Es waren nun aber die gleichen mentalen Voraussetzungen, die seit Mitte der 70er Jahre zu einer anwachsenden Distanzierung der DDR-Bevölkerung vom Regime und zu der für die DDR spezifischen Oppositionsart eines sozial und demokratisch engagierten Protestantismus geführt haben. Das Regime konnte keines seiner Versprechen halten, die in der Sprache des Humanismus als des kleinsten gemeinsamen Nenners zwischen Marxismus-Leninismus und protestantischer Mentalität gegeben worden waren. Es wurde in seinem eigenen legitimatorischen Namen beim Wort und protestantisch für das Diesseits ernst genommen. Die vorherrschende Kritikart war immanent, d. h. in der Sprache des großen historischen Kompromisses der kleinen DDR, eines vage modernen Humanismus, formuliert. Die häufig introvertiert gespaltenen Individuen entlasteten sich zunehmend von ihrem Stau an Verinnerlichungen, indem sie ihre offiziellen Rollen de facto und stillschweigend verkehrt spielten. Sie bildeten, über das Problem der wirtschaftlichen Not-Versorgung hinausgehend, informelle Kommunikationsgemeinschaften, die auf dezentrale Weise das Regime lahmlegten. Als Gorbatschow, ihr wahlverwandtschaftlicher Reformillusionär der zweiten Hälfte der 80er Jahre, am 40. Jahrestag der DDR grünes Licht signalisierte, also keine Gewalt mehr seitens der 450 000 Sowjetsoldaten drohte, gab es auch für die Masse kein Halten mehr.

Die ostdeutsche Mehrheit blieb ihrer protestantischen Mentalität vor allem im Wahljahr 1990 treu, was die meisten west- und ostdeutschen Intellektuellen mißverstanden haben. Dies möchte ich abschließend im drit-

¹ Siehe Wolf Lepenies, „Die Grenzen der Gemeinschaft. Deutsche Zustände zwei Jahre nach der Revolution“, in: *Frankfurter Rundschau*, 12. 10. 1991, S. ZB 3.

ten Teil meines Beitrages verdeutlichen, um so in die Gegenwart der neuen Bundesbürger zurückzukehren. Wir haben im gegenwärtigen Deutschland strukturell betrachtet weder eine Vereinigung noch eine Kolonialisierung oder einen neuen Anschluß, wohl aber die Folgen des Beitritts den neuen Herausforderungen Deutschlands entsprechend zu gestalten. In der Pattsituation zwischen konservativ-liberaler oder sozialdemokratisch-liberaler bzw. Ampel-Koalition in der alten Bundesrepublik spielen seit 1990 die neuen Bundesländer das Zünglein an der Waage. Die neue Bundesrepublik hat eine Mehrheit von protestantischen Mentalitäten mit einem entwickelten sozialen und demokratischen Erwartungshorizont, der jedoch aus den bisher verschiedenen lebensweltlichen Gemeinschaften entsteht. Die Hauptverlierer beider früherer Ordnungen wie auch des Beitritts, die Gruppen der Neonazis, stellen ein gefährliches Potential dar. Nicht deshalb, weil diese Minorität aus sich selbst heraus stark wäre, sondern deshalb, weil die West- und Ostdeutschen sich in einem Kleinkrieg verzetteln, während die internationalen Herausforderungen an die deutsche Demokratie und ihre wirtschaftlich wie kulturell begrenzten Ressourcen enorm wachsen.

1. Parteistaatliches Monopol und Modernisierung — Zur post-totalitären Verschiebung ihres Zusammenhanges in der DDR der 70er und 80er Jahre

In den deutschen Medien setzen sich mit wenigen Ausnahmen Mythen über die DDR fest, die aus falschen Gleichsetzungen resultieren: zwischen der DDR und dem Dritten Reich oder zwischen der DDR und der stalinistischen Periode der Sowjetunion. Solche Gleichsetzungen kommen durch einen höchst abstrakten Maßstab zustande, der nur zwischen gewaltenteiliger Demokratie einerseits und totalitärer Ordnung mit ausschließlicher Macht- und Ideologie-Monopol andererseits unterscheidet. Aber was wäre, diesem Maßstab folgend, nicht alles totalitär: Nazismus, Stalinismus, Neonazismus, Neostalinismus, darunter auch die DDR. Was besagt dies konkret? Selbst die Faschismus-Forschung ist mit der Totalitarismus-These nicht weit gekommen, so daß die These von der „polykratischen Organisation“ Nazi-Deutschlands erprobt wurde.

Wohin führen die Gleichsetzungen der DDR mit jenen Systemen, anhand derer die Totalitarismus-These ursprünglich entwickelt worden war? Sie führen zu einer Verharmlosung des originären Faschismus oder auch Stalinismus. Die DDR der 70er und 80er Jahre war kein Ausgangspunkt expansionistischer Kriegführung. Sie hatte weder KZs noch einen Archi-

pel GULag. Selbst die Pläne eines Teils der alten Garde, dieser paranoiden Opfer des Faschismus und ewigen Klassenkämpfer, Lager für Oppositionelle einzurichten, waren keine KZ-Planung. Ich möchte angesichts der Zehntausende von Repressionsopfern den Psychoterror der Stasi und die politische Justiz der DDR nicht herunterspielen, aber von regulärer Folter und industriellem Massenmord noch immer unterschieden wissen. Ich wage den makabren Vergleich der Extremfälle: Um an der innerdeutschen Grenze erschossen zu werden, mußte man hingehen. Um in einem KZ oder in einem Archipel umzukommen, wurde man nach rassistischen oder liquidationspolitischen Kriterien abgeholt.

Gleichsetzungen unter dem Titel des Totalitären führen zu Fehlorientierungen sowohl unter West- als auch Ostdeutschen. Letztere entpuppen sich nicht als die Häftlinge, Aufseher oder Mitläufer eines KZ-Regimes. Es geht weder darum, sie als solche zu verbergen, noch darum, sie als solche zu enthüllen. Sie waren es einfach nicht. Diejenigen, die tatsächlich Opfer oder Täter des Faschismus oder des Stalinismus waren, haben in der DDR der 70er und 80er Jahre keine Entsprechung. Die Annahme der Entsprechung ist dennoch eine die Medien beherrschende Projektion. Diese Projektion schürt unter den Westdeutschen ein unnötiges Mißtrauen gegenüber den Ostdeutschen, als senkten diese das politisch-moralische Niveau der Bundesrepublik. Die Ostdeutschen fühlen sich dadurch nicht verstanden. Sie entziehen sich ihr oder übernehmen die falsche Kategorisierung zu ihrem Vorteil. Die Projektion ist dann das Angebot einer Legende, als hätten sie in der DDR nie einen individuellen Spielraum gehabt (Entlastung) oder als wären sie immer oppositionell gewesen (Heroisierung).

Unterstellen wir, daß die DDR der letzten zwei Jahrzehnte ein totalitäres Regime war. Davon könnten Dutzende von Toten (vor allem an der innerdeutschen Grenze) zeugen, rund 30 000 an die Bundesregierung verkaufte DDR-Bürger, auch Tausende illegal nach Westdeutschland Geflohene, vor allem aber die in den Medien immer wieder als „Krake“ beschriebene Stasi. Ist es nun unter dieser Voraussetzung des totalitären Charakters der DDR verwunderlich, daß es zu Rechtsbeugungen, Repressionen, Machtmißbrauch, Heuchelei und Intrigen kam, ja, zu Verordnungen, die dem Völker-, Menschen- und Bürgerrecht widersprechen? Keineswegs. Dies ist dann das zu Erwartende.

Erklärungsbedürftig ist etwas anderes. Wieso hat sich das DDR-Regime seit der Niederschlagung des Prager Frühlings, dieses Versuchs zu einem demokratischen Sozialismus, noch so lange und mit vergleichsweise wenigen Opfern halten können? Und wieso fiel diese Herrschaftsform dann im Herbst 1989 wie ein Kartenhaus zusammen? Weshalb ist der ganze Umschwung so friedlich verlaufen, und selbst abgesehen von den Sowjettruppen, der DDR-Polizei und -Armee: Warum sollte die Stasi, fast

100 000 gut trainierte und bewaffnete Leute, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht die Macht gehabt haben, einige tausend Oppositionelle unter ihre Kontrolle zu bringen? — Etwa die Hälfte der Oppositionsgruppen bestand aus inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern. Die Zahl wird insgesamt auf 300 000 geschätzt. Dies wäre jeder dreißigste Beschäftigte gewesen. In den kritisch gesinnten Gruppen, unter den Literaten und Künstlern, Natur- und Technikwissenschaftlern, Sozial- und Geisteswissenschaftlern, Managern und Rechtsanwälten, Pastoren und Katecheten, könnte es jeder fünfte gewesen sein, vielleicht jeder dritte, rechnet man die Kontaktpersonen der Stasi hinzu. Auch hätten die 2,3 Millionen SED-Mitglieder das Regime doch verteidigen müssen! Wie passen solche Zahlen, die eines der totalitärsten Regimes vermuten lassen, zu dem realen Geschichtsverlauf?

Alle diese Fragen lassen sich nicht ohne die früheren Binnenperspektiven der DDR-Bevölkerung beantworten. Es gab in der zweiten Hälfte der 80er Jahre schon längst keine geschlossen handelnde SED, auch nicht SED- und Staatsapparatur, nicht einmal Stasi mehr. Alle drei Apparate des Machtmonopols (Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat) waren jeder in sich differenziert und standen zudem — bei aller verfassungsrechtlich vorgeschriebenen führenden Rolle des Parteiapparats — untereinander in personenbezogener Konkurrenzsituation. Der Kampf zwischen der offiziell konservativen und der reformerischen Linie fand in der Mehrzahl der Institutionen und Organisationen statt, je nach Kräfteverhältnis stillschweigend, verhalten oder bereits etwas lauter. Ein Teil der mittleren Funktionärsgeneration filterte zwischen Oben und Unten, hatte zuweilen ein Interesse an der Opposition als einem möglichen Auslöser von Reformen und dachte dabei nicht zuletzt an die eigene Lebensperspektive. In der DDR starben die Söhne vor ihren Vätern (Thomas Brasch). Selbst in den Apparaten war dies kein Geheimnis mehr.

Der Mut und die Kerzen der DDR-Oppositionsgruppen in allen Ehren — sie konnten vom 7. Oktober bis zum 9. November 1989 nur deshalb eine allgemeine Bedeutung erlangen, weil sie inmitten zweier anderer Ereignislinien auftraten. Der wirtschaftliche, politische und kulturelle Modernisierungs-Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik wurde von der DDR-Bevölkerung seit Mitte der 80er Jahre als hoffnungslos erfahren. Dies war nicht mehr nur den westdeutschen Massenmedien und den Rentnerbesuchen zuzuschreiben. Nach der ersten großen legalen Ausreisewelle von 1984 stellten Hunderttausende Ausreiseanträge und reisten nach durchschnittlich zwei Jahren beruflicher Benachteiligung legal aus. Der Preis, für den man Bundesbürger werden konnte, war kalkulierbar geworden. Seither besuchten jährlich Hunderttausende Berufstätige legal die Bundesrepublik, nicht mehr nur Rentner wie zuvor. Zugleich weckte die neue sowjetische Politik unter Gorbatschow die Reformpotentiale in der

DDR. Das eine wie das andere führte zu einem rapiden Erosionsprozeß mehr oder minder aller Organisationen und Institutionen, einschließlich SED und Stasi. Die Reformer kamen in der DDR im Vergleich zu anderen Ländern zu spät. Sie hatten angesichts der heiklen deutschen Frage ohnehin keine Chance, wenigstens eine Übergangsrolle zu spielen. Doch paralyisierten die Reformer immerhin das alte Regime.

In der DDR konnte sich nicht der polnische Weg durchsetzen. Dieser lebte von der katholischen und nationalen Identität und führte zu einer organisierten Gegen-Gesellschaft mit offener Polarisierung der Gesamtbevölkerung. Das DDR-Potential für eine offene Gegen-Gesellschaft wurde jedesmal, bevor es diese Schwelle überschreiten konnte, nach Westdeutschland abgeschoben. Statt der offenen, zum Teil auch blutigen Polarisierung entstand in der DDR eine ungleich stärkere innere Differenz. Sie wurde verinnerlicht, führte zum Selbstwiderspruch, zu Zerreißproben für die individuelle Identität, die in der DDR-Literatur und Kunst dargestellt worden sind. Für diesen Weg der individuellen Verinnerlichung und informellen Gruppenbildung sprach kulturgeschichtlich die mehrheitlich protestantische Mentalität der DDR-Bevölkerung.

Die unglaubliche Ausdehnung der Stasi gehört in diesen allgemeinen Kontext der Spaltung der Individuen, auch und gerade der nachwachsenden Experten und Elitiekandidaten. Ein totalitäres Regime verlagerte sein Strukturdefizit an liberalen Wettbewerbsformen auf die Individuen und überlebte als Parasit dieser letzteren. Je mehr dieses Regime die Individuen durch Mitgliedschaften (in der SED und den Blockparteien, den Massenorganisationen, als inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen der Stasi) disziplinierte, desto stärker provozierte es die Menschen, sich davon zu distanzieren und informelle Kommunikationsgemeinschaften zu bilden. Die gespaltenen Individuen konnten je nach Kräfteverhältnis nun auch umgekehrt ihr Regime paralisieren oder doch stellenweise in die posttotalitäre Erosion treiben. Im Herbst 1989 fand eher eine allgemeine Implosion als eine Explosion der alten Herrschaftsform statt. Die Mehrheit der gespaltenen Individuen hatte tatsächlich beides getan: die alte Ordnung formell mitgetragen und sie zugleich informell unterlaufen.

Die Stasi als Institution war die totalitärste Komponente der parteistaatlichen Monopolstruktur. Sie erblindete in ihrem Wahn, Gottes Auge sein zu wollen, an der Überinformation von sechs Millionen Akten. Mit ihren hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern oder Kontaktpersonen war sie nur der Extremfall der allgemeinen, den Individuen immanenten Spaltung. Gewiß herrschte unter den Hauptamtlichen, die eine gesonderte Lebenswelt bildeten, die konservative Haltung vor. Die Inoffiziellen und Kontaktpersonen dagegen teilten alle in der Gesellschaft vorkommenden Lebensformen. Sicher stimmt das Bild vom Spitzel als dem per-

sönlichen Denunzianten, der seiner fachlichen Inkompetenz wegen mit der Stasi kollaboriert, für einen Teil der Inoffiziellen. Allein, solche Beweggründe kannte niemand besser als die Hauptamtlichen. Diese gingen seit den 70er Jahren zu einer massiven „Anwerbung“, meist der Erpressung von Experten über. Seit 1990 kommen andere Persönlichkeitstypen als Kontaktpersonen und Inoffizielle zum Vorschein: jüngere Reformer in allen Bereichen mit Fachkompetenz ohne besondere Vergünstigungen. Und wenn es stimmt, daß sie Oppositionspotentiale verharmlosten, um deren Überleben zu ermöglichen, und so informierten, daß Reform und Modernisierung ihrer Handlungsbereiche fortgesetzt werden konnten? Wir kommen hier nicht um äußerst sorgfältige Überprüfungen von Einzelfällen herum.

Zum Vergleich empfiehlt es sich, die strukturelle Dimension des vorangegangenen historischen Exkurses auf die Moderne hin theoretisch zu komprimieren. Natürlich gibt es vom Standpunkt einer pluralen Demokratie gesehen strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen dem, was im originären Sinne Nazismus oder Stalinismus genannt wird. Da für mich Moderne nicht dasselbe bedeutet wie Neuzeit, verstehe ich diese strukturellen Gemeinsamkeiten als antimodern. Ich halte Gesellschaften insofern für modern, als sie sich durch freie Wettbewerbsformen in Wirtschaft, Politik und Kultur auszeichnen. Moderne im Unterschied zu traditionellen Gesellschaften verstetigen Evolution, die strukturell durch Wettbewerbsformen ermöglicht wird. Jede solcher Wettbewerbsformen unterstellt eine Pluralität von Teilnehmern und tendiert zum Einschluß aller bislang Ausgeschlossenen. Differenzierungs- und Integrationsprozesse sind sowohl Folgen des Wettbewerbs als auch Bedingungen seiner Erneuerung. Ein Modernisierungsprozess wird durch sich selbst am meisten gefährdet, wenn es einem Wettbewerbssieger gelingt, seine augenblickliche Position zum Monopol zu verfestigen. Das soziokulturelle Modernisierungsniveau insgesamt hängt von der Gestaltung der Interdependenz zwischen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsformen ab.²

Im Falle des originären Nazismus wie auch des originären Stalinismus wurden diese Wettbewerbsformen intern unter ein ausschließendes Ideologie- und Gewaltmonopol subsumiert und endlich mit kriegswirtschaftlichen Konsequenzen aufgelöst. Die technische und technokratische Modernität dieser totalitären Ordnungen ergab sich teils aus ihrer Vorgesichte, von der sie zehrten, teils aus ihrer machtpolitischen Konkurrenzsituation zur Außenwelt. Massenliquidierungen nach innen und außen

2 Vgl. Hans-Peter Krüger, „Strategien radikaler Demokratisierung“, in: R. Deppe/H. Dubiel/U. Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt/M. 1991, S. 76-103.

wurden in dem einen Fall rassistisch, in dem anderen durch die Ideologie vom Klassenantagonismus legitimiert.

Die neostalinistisch genannten Ordnungen besaßen bereits eine andere Konfliktlinie: Diese bestand zwischen einerseits der alten parteistaatlichen Monopolstruktur, die international betrachtet in eine evolutionäre Sackgasse führte, und andererseits einer begrenzten Modernisierung im Innern, um das betreffende Land international über Wasser halten zu können. Das Monopol schloß diesmal bereits Wettbewerbsformen (mit Differenzierung und Integration) ein, instrumentierte diese aber, so daß sie noch keine Formen freien Wettbewerbs waren. Unter diesen Bedingungen traten Konservative für den Primat der Monopolstruktur und ihre raumzeitliche Absonderung vom Weltverkehr ein, Reformer für funktionale Differenzierungen und Autonomien bestimmter Handlungsbereiche im Anschluß an den Wettbewerb im Weltverkehr. Solange die parteistaatliche Monopolstruktur klar die funktionalen Differenzierungen und Autonomien spezieller Handlungsbereiche (Wirtschaft, Wissenschaft, Öffentlichkeit etc.) dominierte, handelte es sich noch um totalitäre Regimes (im Sinne der Typologie von Juan Linz). Geriet nun aber die Dominanz der Monopolstruktur infolge einer zunehmenden Modernisierung ins Wanken, bestand die Möglichkeit, von einem totalitären zu einem post-totalitären, wenngleich noch immer nicht demokratischen Regime überzugehen.

Einen solchen Übergang zur post-totalitären Ordnung hat es in der DDR der 70er und 80er Jahre gegeben. Das Hauptkriterium dafür besteht in der Erosion des Macht- und Ideologie-Monopols zugunsten einer informellen Pluralisierung und Oppositionsbildung. Zunächst bemühte sich das SED-Regime selbst durch seine Reformen zu Beginn der 70er Jahre (Wechsel vom Ulbricht- zum Honecker-Politbüro 1971), einen solchen Übergang einzuleiten. Es war angesichts der Über-Akkumulations-Krise der DDR-Wirtschaft Ende der 60er Jahre, der ostdeutschen Sympathien für den niedergeschlagenen Prager Frühling und der neuen westdeutschen Ost-Politik (Brandt, Bahr) zu Reformen gezwungen. Diese wurden jedoch Mitte der 70er Jahre abgebrochen und mündeten in eine Kompensationsstrategie. Die Partei- und Staatsführung sicherte sich ihr Herrschaftsmonopol, indem sie Demokratisierungsbestrebungen abwehrte und die DDR-Bürger für das Demokratie-Defizit durch die Erweiterung ihres privaten Konsums und ihres privaten Handlungsspielraums entschädigte. Der anlässlich der Biermann-Ausbürgerung (1976) von der literarisch-künstlerischen Intelligenz ausgehende Protest (bis zu den Verbandsausschlüssen 1979) blieb im wesentlichen auf diese Intelligenzschicht begrenzt, da die Bevölkerungsmehrheit die Kompensationsstrategie angenommen hatte. Die Realisierung dieser Strategie brachte eine offizielle

oder halboffizielle Tolerierung subkultureller Welten mit sich, sofern letztere ihren privaten, informellen und bestenfalls halbformellen Status nicht überschritten, also aktuell zu keiner ernsthaften Bedrohung der Monopolstruktur wurden.

In den 80er Jahren waren die für private Kompensationen erforderlichen Wirtschaftsressourcen erschöpft. Die SED-Imitation westlicher Konsumstandards und des Wohlfahrtsstaates entbehrte jeder marktwirtschaftlich effizienten Grundlage. Die Drosselung der Akkumulationsrate zugunsten der Konsumtionsrate seit den 70er Jahren hatte dazu geführt, daß die DDR die nächste Runde der wissenschaftlich-technischen Entwicklung samt High-Tech und einer neuen Infrastruktur mit Umweltschutz verpaßt hatte. Ohne Industriespionage, Ko-Ko-Unternehmen und westliche Milliarden-Kredite hätte die Honecker-Mittag-Mielke-Riege die 80er Jahre nicht mehr überstanden. Sie brauchte zur politischen Legitimation nach innen auch immer deutlicher das Bündnis mit der Bundesregierung — das in Honeckers Bonn-Besuch 1987 kulminierte —, und zwar umso stärker, je höher die Sympathie-Wellen für Gorbatschows Politik seit 1985 schlugen. Da die Honecker-Riege bereits die deutsche Karte spielte und damit nolens volens die Aufgabe der DDR vorbereitete, blieben die meisten inner- und außerparteilichen Oppositionsgruppen umso irritierter auf eine reformsozialistische Perspektive der eigenständigen DDR fixiert. Demgegenüber wurden die großen Ausreisewellen Hunderttausender seit 1984 zum Vorläufer der Flüchtlingsbewegung vom Sommer 1989 und der Mehrheitsentscheidung für den Beitritt 1990. Ob Ausreisende und Flüchtlinge einerseits oder interne Reform- und Opponenten-Gruppen andererseits, durch beide dezentralen Bewegungen wurden Pluralisierung und Oppositionsbildung seit Mitte der 80er Jahre zu offiziellen Fakten. Das Macht- und Ideologie-Monopol wurde — trotz und mit der „flächendeckenden Überwachung“ der DDR-Bevölkerung durch die Stasi — sichtbar gebrochen.

Der Herbst 1989 und noch mehr das Beitrittsjahr 1990 wären von innen her nicht möglich geworden, wenn die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht das parteistaatliche Monopol als die strukturell entscheidende Blockierung aller begonnenen und erhofften Modernisierungsprozesse erfahren gehabt hätte. Die Differenz zwischen konservativen, letztlich diesem Monopol dienenden, und reformerischen, letztlich die Modernisierung vorantreibenden, Maßstäben gehörte zur Muttermilch der DDR-Bürger. Viele von ihnen bedürfen übergangsweise da eines Glaubens an demokratische Autoritäten, wo Westdeutsche mit jahrzehntelang anderer Sozialisation und Enkulturation längst einen spielerischen Umgang mit marktwirtschaftlichen, parteipolitisch pluralen oder öffentlichen Realitäten entwickelt haben. Die meisten Ostdeutschen nahmen das Fernsehbild

der alten Bundesrepublik ernst und messen die Folgen ihres Beitritts eben an diesem öffentlichen Selbstbild der westlichen Gesellschaft. Der Maßstab ihrer alten und neuen Kritik war und ist keiner, der strukturell einem religiösen Fundamentalismus oder nationalem Existenzialismus gleichkäme, politisch eine neue Diktatur und wirtschaftlich eine andere Art von zentraler Kommandowirtschaft herbeisehnte. Die Kriterien der Kritik waren bereits in der DDR kompatibel mit der westeuropäischen Entwicklung, was von vielen Kritikern in der ehemaligen Sowjetunion, sei es politisch z. B. durch die Panjat'-Bewegung oder intellektuell durch Solschenizyn, schon während der 80er Jahre nicht behauptet werden konnte. Irgendwo wußte in der DDR so gut wie jeder, daß eine moderne Wirtschaft Anerkennung von Leistung in realen Geldeinheiten und Gewinneffizienz erfordert, daß ein modernes politisches Leben den Respekt jedes Staatsbürgers voraussetzt, und daß die Entfaltung von Demokratie — auch — bedeutet, daß moderne Kultur der internationalen und freien öffentlichen Diskussion bedarf.

2. Vom protestantischen Staatssozialismus zum protestantischen Bedürfnis nach sozialer Demokratie

So widersprüchlich neostalinistische Regimes zwischen parteistaatlichem Monopol und innerer Modernisierung strukturiert waren, ebenso ambivalent wurde ihre ideologische Legitimationspraxis des Marxismus-Leninismus gestaltet. Letzterer enthielt einerseits die offen parteiliche Rechtfertigung der welthistorischen Mission des Proletariats, die sich in der von der Parteiführung ausgeübten Diktatur materialisierte und zu sich selbst kam. Andererseits galt es, dieses offenbar exklusive Sonderinteresse als im Allgemeininteresse liegendes geschichtsphilosophisch darzustellen. Es mußte — nach außen und innen — ein Anschluß an das humanistische und damit auch universalistische versus individualistische Selbstverständnis der Moderne glücken, um deren Errungenschaften für das eigene Überleben ausnutzen zu können. Ein vager humanistischer Diskurs verhüllte phraseologisch die Selbstprivilegierung der Nomenklaturkader und diente als Legitimation für die Übernahme westlicher Errungenschaften oder die Entwicklung deren funktionaler Äquivalente im Land, sofern diese für die Sicherung der eigenen Monopolstellung wichtig waren.

Der so instrumentierte Humanismus weckte indessen auch der Diktatur entgegenstehende Erwartungen und Ansprüche, die nicht auf Dauer immer wieder geschichtsphilosophisch vertagt werden konnten. Das offen-

bar als machttechnisches Legitimationsinstrument Gemeinthe konnte als eine Zwecksetzung ernst genommen werden, von der generationsweise Revisionen des Marxismus-Leninismus ausgingen, die auf eine reformerische Modernisierungspraxis hinausliefen. Die sekundär humanistische Komponente der marxistisch-leninistischen Legitimationspraxis war für die Konservativen das die Reinheit der Lehre bedrohende Einfallstor bürgerlicher Denkweisen und für die Reformer die kulturell entscheidende Ressource für Modernisierungsschübe.

Der Kampf um den Humanismus als Instrument oder als Zwecksetzung wurde in der DDR, aus historischen Gründen verständlich, in Gestalt zweier Auswahlprozesse geführt: bei der Rezeption der klassischen deutschen Kultur sowie bei der Selektion der von den Nazis ins Exil getriebenen Kultur. Diese beiden Schwerpunkte des Humanismus-Streits waren von Anfang an gegeben und blieben erhalten. Dazu kamen seit den 60er Jahren auch die Auswahl sowjetischer oder westeuropäischer Literatur und Kunst, seit den 70er Jahren der westlichen Pop-Kultur für die Jugend und der Romantik für die Intellektuellen, seit den 80er Jahren schrittweise aller westlichen Moden, Modernismen und Postmodernismen. Ohne Berücksichtigung dieser, im weitesten Sinne als Humanismus umstrittenen Komponente des offiziellen kulturellen Lebens, die ständig die geschichtsphilosophische Selbst-Privilegierung des Marxismus-Leninismus unterwanderte, werden die geistigen Auseinandersetzungen in der Geschichte der DDR, einschließlich der kritischen Solidarität vieler Intellektueller, nicht verständlich: die Kämpfe um E. Bloch, B. Brecht, G. Lukács, die Frankfurter Schule, die Klassik- und Romantik-Rezeptionen, die historische Auswahl der durch Nazis oder Stalinisten Exilierten, um Nietzsche, Modernismen und Postmodernismen.

Diese Auseinandersetzungen mehr unter Intellektuellen und Experten in den gebildeteren Schichten der DDR-Bevölkerung hatten eine alltagskulturelle Grundlage. Der große historische Kompromiß, der das Überlebens- und Auflösungsgeheimnis der kleinen DDR erklärlich werden läßt, bestand in einer wechselseitigen, bis in den Habitus reichenden Anpassung von marxistisch-leninistischer Legitimationspraktik und protestantischer Mentalität der ostdeutschen Mehrheit. Die Diskussion um die antifaschistischen Gemeinsamkeiten zwischen Marxismus und Christentum hatte noch in den 50er Jahren einen hohen Stellenwert. Nach dem Mauerbau 1961, d. h. der gewaltsamen Verhinderung möglicher Alternativen zur DDR, offerierte die SED-Führung unter W. Ulbricht zur inneren Befriedung eine an die protestantische Mentalität angepaßte Sozialismus-Konzeption: die „sozialistische Menschengemeinschaft“. Nach dem Scheitern des Prager Frühlings 1968 und im Kontext der sich anbahnenden neuen Ost-Politik der alten Bundesrepublik antworteten die protestantischen

Kirchen realpolitisch mit ihrer ebenfalls doppelt kodierten Konzeption „Kirche im Sozialismus“.

Damit war Ende der 60er Jahre der große historische Kompromiß auch offiziell zustande gekommen, in einer von beiden Seiten doppeldeutigen, daher vage humanistischen Sprache. Der in den 60er Jahren aufgebaute protestantische Sozialismus wirkte in den 70er Jahren vor allem im Sinne privater und informeller Kompensationen und verkehrte sich in den 80er Jahren in einen sozialistischen Protestantismus, der das offizielle Regime von innen her bis zu dessen vollständiger Auflösung durch Beitritt reformierte. Honeckers zentrale Offerte an die protestantische Mentalität, die seit dem Beginn der 70er Jahre bis zum Erbrechen wiederholte Phrase „Im Mittelpunkt steht der Mensch“, wurde gegen das quasi-göttliche Regime rationalisiert und säkularisiert: Aus „Gott ist in uns“, den introvertierten Persönlichkeiten und deren informellen Gemeinschaften, wurde im November 1989: „Wir sind das Volk“. War die protestantische Mentalität der ostdeutschen Mehrheit noch bis in den Herbst 1989 hinein vorwiegend reformsozialistisch orientiert, durchlief sie seit Dezember 1989 einen schnellen Differenzierungsprozeß, in dem die westdeutschen Angebote und ostdeutschen Reformaussichten rational kalkulierend abgewogen wurden. Aus dieser Metamorphose der protestantischen Mehrheitsmentalität im Beitrittsjahr 1990 ging der säkulare Erwartungshorizont einer für diese Mehrheit sozialhistorisch gerechten Demokratie hervor. Dieser Erwartungshorizont schließt den durchaus rational kalkulierten Anspruch auf einen sozialhistorischen Lastenausgleich mit den Westdeutschen ein, die objektiv und nicht aus persönlich moralischem Verdienst zwei Generationen lang besser und freier leben konnten. Aus „Wir sind ein Volk“ vom Dezember 1989 wurde bereits im ersten Quartal 1990: „Die Teilung überwinden heißt Teilen lernen“.

Die protestantische Mentalität der ostdeutschen Mehrheit war und ist in sich nicht minder ambivalent, als dies auch die für die DDR typische Legitimationspraxis offiziell und inoffiziell war. Erst wer den jeweils inneren Widerspruch dieser Praktik und jener Mentalität berücksichtigt, wird die historischen Metamorphosen beider verstehen lernen, insbesondere ihren Kompromiß und dessen Auflösung, und wird den heutigen mentalen Erwartungshorizont mit Ausgleichsanspruch begreifen können, statt für oder wider ominöse DDR-Identitäten zu streiten. Was von der DDR bleibt? Nun, die folgend beschriebene Mentalität:

Die ostdeutsche protestantische Mentalität hat einen hohen Säkularisierungsgrad. Sofern sie überhaupt noch religiös motiviert war und sich noch weniger als dies an förmlichen Kirchenbesuchen ablesen ließ: Der Glaube an Gott in der Gestalt Christi, an den vermenschlichten Gott, lebt als ein kathartischer Effekt in den Herzen und der Vernunft der Gemeinde-

mitglieder fort, die ihr Ideal einer gewissenhaften Lebensführung in der diesseitigen Welt zu bewähren haben. Die im Katholizismus üblichen großen Zeremonien einer zentralen Kirchenorganisation als der Stellvertretung Gottes auf Erden fehlen zugunsten mehr informeller und dezentraler Zusammenschlüsse derer, die in der diesseitigen Bezeugung und Prüfung ihres Glaubensideals Wahlverwandtschaften eingehen. Im Vergleich zum katholischen fehlt dem protestantischen Glauben eine objektiv eingespielte Kirchenorganisation der religiösen Welt mit allen Techniken des Auslebens von Verzauberung, Beichte und Vergebung irdischer Endlichkeitserfahrungen. Der protestantische Glaube muß angesichts solcher Erfahrungen intersubjektiv im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis und subjektiv im gewissenregulierten Selbstgespräch erst und stets von neuem erzeugt werden.

Die Verwicklung ins Diesseits ist im Falle der protestantischen Mentalität von vornherein größer und kann auch nicht schnell durch institutionelle Beichte und Bekreuzigung abgewickelt werden. Sie bedarf intersubjektiv anspruchsvoller Prozeduren der differenzierten Aushandlung von Prioritäten angesichts widerstreitender Handlungsmaximen. Die Beurteilung der Glaubensbewährung hat es schon immer mit einem hohen Maß der individuellen Verinnerlichung sozialer Widersprüche zu tun, einschließlich der damit verbundenen Ängste und Verdrängungen einerseits, dem moralisch rigorosen Gewissensanspruch andererseits. Sie ist nicht vom persönlichen Gewissen der Laien im Sinne einer institutionellen Absolution wegzudelegieren, wenigstens nicht auf Dauer und obschon dieser Wunsch durch moralistische Selbstüberforderung ständig entsteht.

Wem es — aus welchen Gründen auch immer — nicht vergönnt war, an einer informellen Gemeinschaft mitwirken zu können, dem blieben zwei Auswege: entweder die Ausflucht in ein offizielles Gemeinschaftsangebot, in welches ersatzweise alle Glaubensenergie und ein schlechtes Gewissen flossen, wobei in Abhängigkeit vom Reflexionsniveau der Punkt erreicht werden konnte, dieses Substitut als solches zu durchschauen, woraufhin häufig ein zynischer Masochismus mit privatistischen Kompensationen allein noch übrig blieb. Im andern Fall mündete der ohnehin introvertierte Weg in ein Zerreißen der eigenen Innerlichkeit, das meistens in Neurosen und Psychosen, zuweilen im Selbstmord endete. Wer dieser Konsequenz durch einen Rest an familienähnlichen Beziehungen und durch ein hohes Sublimierungsvermögen entgehen konnte, dem wuchs ein Schutzpanzer aus nie völlig authentischer Naivität oder aus einer narzißtisch ins Unermeßliche steigerbaren Eitelkeit. Mit zunehmendem Lebensalter drohte auch dieses Schutzleder völlig undurchlässig zu werden, so daß die betreffende Persönlichkeit in eine Art von Autismus geriet.

Je weniger die religiöse bzw. im protestantischen Falle idealiter morali-

sche Welt kirchenstaatlich von der profanen Welt getrennt gehalten wird, je stärker also das Individuum in nichts als einer informellen und dezentralen Gemeinschaft dem Profanen ausgesetzt ist, desto stärker wird das protestantische Bedürfnis. Es besteht darin, das in seiner Ungewißheit beängstigende, das in seiner Endlichkeit unwiderruflich tödliche, das in seiner Zufälligkeit unbarmherzige Profane aus eigener Kraft ideal zu ordnen. Die protestantische Mentalität enthält gemeinschaftlich bestätigte und individuell verfügbare Handlungsmuster, die den Umgang mit dem Profanen regeln: Rationale Kalkulation und deren arbeitsame wie disziplinierte Verwirklichung im Diesseits reduzieren die Ängste und Ungewißheiten, die das Profane im Lichte christlicher Erwartungen auslöst, drastisch. Ihr Rationalisierungs- und Arbeitsvermögen ließ die Protestanten bekanntlich zu den Pionieren der europäischen Modernisierung werden. Diese Verhaltenstechniken sind nach außen und innen häufig derart erfolgreich, daß sie an die Stelle der Gewissens- und Gemeinschaftskonflikte treten, aus denen heraus die Zweck- und Sinngebungen eigentlich stets von neuem reformiert werden sollen. Im Fall dieser Zweck-Mittel-Verkehrung kommt die protestantische Mentalität schnell in die Gefahr, in herrschaftstechnisch nicht nur ungefährlichen, sondern höchst nützlichen Automatisierungen und Atomisierungen leerzulaufen. Sie geht dann in einer Art Ersatz für das vor dem persönlichen Gewissen sinnvolle und vor der Gemeinschaft gerechte Leben unter.

Es handelte sich jedoch nicht mehr um protestantische Mentalität, würden im Anblick der atomisierten und automatisierten Verhaltensweisen nicht wieder Gewissens- und Gemeinschaftskonflikte entstehen, um Sinn- und Zwecksetzungen im Geiste christlicher Nächstenliebe zu reformieren und verselbständigte Mittel diesem Sinn und Zweck erneut anzupassen. Da bei protestantischer Mentalität eher der Weg nach innen als nach außen durchlaufen wird, müssen die nach außen gerichteten Ambitionen als persönliche Wahrnehmung einer gemeinschaftlichen Pflicht und Verantwortung anerkannt werden. Anderenfalls haben Selbstbescheidung und Selbstkontrolle Präferenz.

So oder so genießt in der protestantischen Mentalität die moralische Selbstregulation den höchsten Stellenwert. Da sie pragmatisch von außen ständig in Frage gestellt wird, erfordert dieses Ideal ein vergleichsweise hohes Maß an antizipierender Reflexion. Diese speist sich wiederum aus den lebensgeschichtlich vorangegangenen Verinnerlichungen äußerer Konflikte, woraus das Vermögen, die Reaktionen anderer voraussehen zu können, resultiert. Die Folge ist eine — im Vergleich zu südländisch katholischen Temperamenten — nach außen arme und spröde, nach innen aber symbolträchtige, Antizipationen antizipierende Sprache, die es im Regelfall allen Beteiligten gestattet, ihr Gesicht zu wahren, statt ihrem Temperament un-

gezügeln Lauf zu lassen. Bei der in sich widersprüchlichen Vielstimmigkeit eines protestantischen Gemüts führt jedes Scheitern seines Anspruchs auf moralische Autonomie schnell und tief in Depression und Melancholie hinein. Daraus erwacht es normalerweise durch seine Reflexionskraft, die dann je nach erkanntem Grund des Scheiterns auf Selbstkorrektur, Versöhnung oder rational kalkulierte Revanche setzt, wodurch der mentale Zirkel wieder in Gang gerät.

Ausbrüche aus diesem mentalen Zirkel sind sehr selten, dann aber auf Grund der langen Vorgeschichte von Verinnerlichungen ein fürchterlicher Amoklauf. Was ausweglos als totale Vernichtung jeglichen moralischen Anspruchs erlebt wurde, kann protestantisch nicht einem Seinschicksal zugeordnet werden, das laut anderer Mentalität der menschlichen Welt ohnehin als allmächtig vorausgesetzt und immer wieder entrückt wird. Diese Art einer sich völlig entlastenden Schickung in ein nichts als fremdbestimmtes, kein Fünkchen Moral mehr ermöglichendes Schicksal ist nach protestantischer Mentalität nicht lebbar. Ihr entsprechend gibt es ein Medium der Vermittlung zwischen idealer und realer Welt, eben eine Art Christus, der als Beispiel in uns fortlebt. Entfällt existenziell die letzte Möglichkeit, den eigenen moralischen Anspruch vermitteln zu können, kann im Extremfall der Ausstieg in den Terror folgen. Dazu ist es in der DDR — im Unterschied zur bundesdeutschen Terrorszene oder angelsächsisch protestantischen Amokläufern — nicht gekommen. Und dies hat nicht nur den Grund, daß es in der DDR keine Waffen käuflich zu erwerben gab. Auch das offizielle Regime vermied im Regelfall für die Betroffenen völlig ausweglose Situationen und rechnete auf deren antizipatorische Reflexionskraft. Es bot dann gestaffelte Reintegrationen oder Abschiebungen an, oder es inszenierte die Lage so, daß der einzelne mit seinem eigenen Anteil an derselben beschäftigt blieb, also auf sich oder seine Nächsten zurückgelenkt wurde.

Kommunisten und Christen hatten in der DDR von der mentalen Struktur her eine Affinität, die in einem Missionsglauben mit humanistischer Begründung bestand. Während erstere die Erfüllung ihrer Mission mit einer zentralistischen und gewaltsamen Diktatur regulär verbanden, konnte dies von der protestantischen Mentalität — insofern überhaupt — nur unter den Ausnahmebedingungen der Nötigung eingeräumt werden. Die weitgehend informelle und dezentrale Eigenart protestantischer Gemeinschaftsbeziehungen war der kommunistischen Diktatur zunächst hilflos ausgeliefert, später aber für deren Erosionsprozeß ausschlaggebend. Indessen dürfen wir heute nicht vergessen, daß es historisch eine antifaschistische Gemeinsamkeit des kommunistischen und protestantischen Widerstands im Dritten Reich gab, wenngleich dieser nur eine Minderheit der Gesamtbevölkerung, darunter eine Minderheit der Protestan-

ten und die Mehrheit der Kommunisten, betraf. Zudem hatten die ostdeutschen Kommunisten, bei aller von ihnen und der Sowjetunion betriebenen Zwangsvereinigung, offiziell Zugeständnisse an sozialdemokratische Positionen gemacht und kulturpolitisch ein breites humanistisches Bündnis offeriert, dem sich das schlechte Gewissen der protestantischen Mehrheit nicht leichtfertig zu entziehen wagte.

Es war die humanistische Komponente der staatssozialistischen Legitimation, auf die die protestantische Mehrheits-Mentalität in der Nachkriegszeit eingehen konnte und im Maße der Nötigung (1953, 1961, 1968) aus realpolitischer Kalkulation auch einging. In diese Komponente konnten mental protestantische Wertvorstellungen hineinprojiziert werden, bis die beidseitigen Orientierungen auf Gemeinschaftsgeist, rationale Gestaltung, Arbeitsethos, soziale Gerechtigkeit und individuelle Selbstverwirklichung in noch immer vieldeutigen Formulierungen während der 50er und 60er Jahre ausgehandelt worden waren. Die protestantische Mentalität kam — im Unterschied zur gleichnamigen religiösen Praktik einer kleinen aktiven Minderheit — nicht von außen an die meisten Träger des Regimes heran, sondern war diesen selber eigen. Der Versuch der Kommunisten, seit den 60er Jahren immer mehr Ostdeutsche in ihr Regime einzubinden, hatte Erfolg wie in keinem anderen staatssozialistischen Land. Der säkulare, darin gleichermaßen einer Gemeinschaft bedürftige wie auch rational kalkulierende Charakter der protestantischen Mentalität war dafür in einem Umfang aufgeschlossen, den wohl katholisch oder orthodox geschlossene Gegenwelten zum Diesseits nicht kennen. Die immer besser gelungene Integration der meisten Ostdeutschen setzte in der DDR protestantische Glaubens-, Rationalisierungs- und Arbeitsenergien frei, über die in Relation zur Größe dieses kleinen Landes kein anderes vergleichbares Regime verfügen konnte.

Man kann diese protestantische Mentalität angesichts des Integrationserfolgs durchaus eine opportunistische nennen, wozu sich auch der protestantische Teilnehmer bekennen würde, sofern es nicht um seinen moralischen Anspruch geht, den er als solchen ernst nimmt. Freilich müssen dann auch die beiden sich an den Opportunismus-Vorwurf unmittelbar anschließenden Fragen gestellt werden: Hatte die DDR-Bevölkerung realpolitisch eine andere Chance? — Im Lichte von Prag 1968 oder der insgesamt neostalinistischen Breschnew-Ära gesehen: Nein. Und welche Folgen hatte diese gelungene Integration? — Sie hatte schon kurzfristig, umso mehr aber längerfristig einen ironischen Umkehr-Effekt, der an die berühmte List der Vernunft erinnert:

Je mehr Ostdeutsche durch offizielle Mitgliedschaften integriert wurden, desto protestantischer wurde das ganze Unternehmen „DDR“. Alle humanistischen Versprechungen wurden, strukturell wie ein Wort Christi,

todernst genommen und scheiterten natürlich an der parteistaatlich monopolistischen Praxis. Die Erfahrungen des Scheiterns setzten den üblichen Zyklus in der Ausschöpfung des mental protestantischen Repertoires in Kraft, langwierig und gründlich: Verinnerlichung der äußeren Konflikte, schlechtes Gewissen, kompensatorische Rückzüge ins Private, Bildung informeller Gemeinschaften in und außerhalb der offiziell aufgenötigten Mitgliedschaften, Revisionen und Reformen antizipierende Reflexionskraft, dementsprechend doppeldeutiges Rollenspiel zugunsten einer immanenten Erosion des Regimes, im Falle erneuten Scheiterns depressiv und melancholisch, schließlich doch wieder die Erfolgsbedingungen der immanenten Kritik durchrechnen und handeln, sobald es geht.

Nach diesem zyklischen Muster der protestantischen Mentalität wurde nicht nur die DDR erst auf- und sodann abgebaut, sondern auch der Beitritt vollzogen. Die westdeutschen Versprechen, die 1990 der ostdeutschen Mehrheit den Beitritt als vorteilhaft und als den Wertvorstellungen ihrer Mentalität entsprechend erscheinen ließen, unterliegen seither einem ganz ähnlichen Zyklus ihrer ernsthaften und gründlichen Abarbeitung, allerdings mit dem doppelten und ungemein beschleunigenden Unterschied, daß die ehemaligen DDR-Bürger dies nun schon zum zweiten Mal während ihrer Lebenszeit absolvieren, und inzwischen immerhin mit dem Status ostdeutscher Bundesbürger.

Der protestantische Weg mag kein revolutionärer sein, weil er eben ein reformatorischer, immer erst wieder aus der immanenten Kritik nach entsprechenden Verinnerlichungen auszuarbeitender Weg ist. Er ist aber umso sicherer und beharrlicher, worüber sich niemand täuschen sollte. Bis auf ein für das moralische Selbst peripheres Rollenspiel gelingen der protestantischen Mentalität keine wirklichen Konversionen, wie sie bei katholischen oder orthodoxen Mentalitäten unter Kommunisten oder Stalinisten immer wieder beobachtet werden konnten. Dieses grundsätzlich mentale Problem zeigt auch der gegenwärtige deutsch-deutsche Intellektuellen-Streit, u. a. über Christa Wolfs Kritik an „Wendehälsen“. Ein M. Reich-Ranicki z. B. kann bei seiner Vorgeschichte und Konversion nie den Lernrhythmus einer Protestantin wie Ch. Wolf verstehen.³ Alles, was früher Konvertierte den heutigen Ostdeutschen vorrechnen, ist doch längst in deren protestantischem Werk enthalten. Protestanten „beichten“ nicht im Beichtstuhl, auch nicht in einer an Stalinismus oder an eine andere Orthodoxie erinnernden Zeremonie von „Selbstkritik“, sondern antizipatorisch in ihrem Werk. Wer mit Protestanten verkehren möchte, muß sich schon

³ Vgl. Thomas Anz (Hrsg.), „*Es geht nicht um Christa Wolf*“. *Der Literaturstreit im vereinten Deutschland*, München 1991, S. 35-40.

auf ihre Art zu kommunizieren einlassen. In dieser kann ein beredtes, in den Schrei gesteigertes Schweigen, kann ein einziger Nebenblick vom Augenrand wichtiger sein als jedes gefallene Wort. Nicht aus diesem, sondern aus jenem entsteht ein Werk, das die Selbstkorrektur enthält.

3. Mentale Mehrheit und Minderheiten unter den ostdeutschen Bundesbürgern

Auf den ersten Blick scheint meine Gegenwartsdiagnose bezüglich der ostdeutschen Mehrheit nicht mit den Wahlergebnissen in der DDR bzw. den neuen Bundesländern im Verlaufe des Jahres 1990 übereinzustimmen. Hätte sich nicht aus den Metamorphosen der ostdeutschen protestantischen Mentalität bis hin zu dem Mehrheitsbedürfnis nach einer sozialhistorisch gerechten Demokratie ein Wahlsieg der Sozialdemokraten ergeben müssen? — Ja, wenn die Sozialdemokraten diesem Beifrisnis Rechnung getragen hätten, so wie es die Bundes-CDU unter H. Kohl und die Ost-CDU unter L. de Maizière getan hat. Statt dessen waren die westdeutschen Sozialdemokraten in Lafontaine- und Brandt-Anhänger wider und für eine schnelle Einheit Deutschlands gespalten und verfügte die Ost-SPD über keine de Maizière vergleichbare, für die ostdeutsche Mehrheitsmentalität repräsentative Figur, außer in Brandenburg über M. Stolpe, der denn auch Ministerpräsident dieses Bundeslandes wurde.

Der ostdeutschen Mehrheit ging es um sachliche, ihrer Mentalität angemessene Grundsatzentscheidungen, nicht um den Import eines parteipolitisch kleinlichen Profilierungsspiels. Sie wollte sich vor jeder Rückkehr des parteistaatlichen Monopols strukturell gesichert wissen, ebenso aber auch auf keinen intellektuell vagen Humanismus mehr einlassen, der sie schon einmal verführt und als Probanden eines welthistorischen Experiments überfordert hat. Die moralistische Maskerade des machtpolitischen Rückzugs der SED in die PDS war ihr zu durchsichtig. Auch die moralistisch selbstgerechte Feier der wirklichen oder vermeintlichen Opfer als Helden, die doch auch nur Menschen gewesen sein konnten und inzwischen viel zu selten als kompetente Fachleute hervortraten, überzeugte diese Mehrheit nicht. Sie hatte weder das Privileg genossen, der Nomenklatura angehört zu haben, noch war es ihr in der DDR beschieden gewesen, durch Deckung vom Westen oder durch einen ausgewogenen Mut nichts anderes als oppositionell, also unbefleckt sein zu dürfen. Die Mehrheit gehörte vor sich selbst, d. h. vor dem je individuellen Gewissen, weder zu den wirklich durch die Vergangenheit Belasteten, deren Teile sich nun reinwuschen, unverbesserlich blieben oder den Wendehals in die freie Marktwirt-

Schaft steckten, noch zu diesen „Engeln“, die sich aus ihrer Berührungsangst vor dem Irdischen keinen Finger hatten schmutzig machen können oder die aus wirklich moralischer Lauterkeit nun nichts als eine lähmende Beschämung auslösten.

Das für eine Minderheit relativ gute Abschneiden des Bündnisses 90 entsprach in keiner Weise der Anzahl tatsächlicher Opfer oder Oppositioneller in der DDR, die im Anblick der Einverleibung durch die alte Bundesrepublik ihrem symbolisch revolutionären Anspruch treu bleiben wollten. Das Bündnis 90 überlebte und wird überleben als Symbol der Scham, und zwar genau in der Proportion, in der sich die ostdeutschen Protestanten im neuen Diesseits nichts anderes als das Symbol ihres schlechten Gewissens leisten können. Es sei denn, das Bündnis wechselte von der nur symbolischen Ebene reiner Moral auch zur pragmatischen Ebene der Gestaltung des Diesseits. Letzteres wäre angesichts der realen Problemlage der Ostdeutschen mehr als geboten, auch im Hinblick auf das gerade für das Bündnis 90 ursprünglich so reputationsreiche Stasi-Thema, dessen undifferenzierter und vorwändiger Gebrauch für neue sozial ungerechte Exklusionen immer offener wird.

Worin bestand 1990 das Angebot der Bundesregierung an die Ostdeutschen im Rahmen des Grundgesetzes? Es bestand in einer harten, individuell verfügbaren und universell verwendbaren Währung, dem Statussymbol westdeutscher Identität überhaupt, und in der Staatsbürgerschaft eines demokratischen und föderalen Staates, der mit einem Netz sozialer Wohlfahrt und einem Schutz privater Autonomie ausgestattet ist. Es gab für die ostdeutsche Mehrheitsmentalität — mit ihren schlechten Erfahrungen aus der DDR und der Vergleichsmöglichkeit zu anderen staatssozialistischen Ländern — strukturell und mental kein besseres Angebot als dieses. Die westdeutsche Sozialdemokratie unter Lafontaine blieb aus ostdeutscher Sicht hinter diesem Angebot mit einer unsolidarischen, weil einseitigen und kleinlichen Kostenrechnung zurück. Die CDU offerierte, was strukturell und mental in der alten Bundesrepublik enthalten und in der DDR nicht gelungen war: soziale Demokratie. Sie leitete das größte staatliche Konjunktur- und Wohlfahrts-Programm deutscher Geschichte in die Wege, ein Programm, wie es von der Sozialdemokratie erwartet, aber nicht geleistet wurde. Das konservativ-liberale Bündnis schlug die Sozialdemokraten auf deren eigenem Felde, das letztere nurmehr halbherzig und im Nachtrab zurückerobern konnten.

Die Ostdeutschen wußten um den doppelten Preis, den sie bei Annahme des westdeutschen Angebots zu zahlen hatten: den Verlust ihrer staatlichen Autonomie in Gestalt der DDR und die Risiken einer schnell eingeführten Marktwirtschaft westdeutschen Produktivitätsniveaus für die eigene Beschäftigungsrate. Der Verlust wurde zwiefach kompensiert: durch

die mit ihrem dezentralen Gemeinschaftsideal korrespondierende Gründung regional- und mentalitätsgeschichtlich sinnvoller Bundesländer und durch ihre neue Rolle des umworbenen, weil entscheidenden Züngleins an der Waage in ganz Deutschland. Die neue Arbeitslosigkeit blieb die größte aller zu schluckenden Kröten. Sie schaffte eine Stimmung der sozial- und lebensgeschichtlichen Revanche an den Westdeutschen, die doch auch nur Menschen waren: Warum also sollten wir Ostdeutsche, die bislang vom welthistorischen Pech Verfolgten, es nicht schaffen, sobald wir die dafür nötigen Mittel haben? In der zwischenzeitlich kritischen Massenarbeitslosigkeit laßt sie, die reichen großsprecherischen und vom Glück verfolgten Westdeutschen, zahlen, oder sie sollen all unsere neuen Möglichkeiten als deutsche Bundesbürger kennenlernen!

Ostdeutsche sind durch ihre DDR-Erfahrung geprägt, die in ihren heutigen Reaktionen auf die Beitrittsfolgen nicht überschätzt werden kann. Ihr Schweigen, ihre Naivität und Unbeholfenheit sind nie ganz authentisch, stets auch gespielt, um die Reaktionen anderer zu erproben, ohne sich selbst je ganz offenbaren zu müssen, um also ihre eigene antizipatorische Reflexionskraft zu entwickeln. Dank dieser haben sie ihre Depressionen überlebt und das Regime bis zum Einsturz ausgehöhlt. Sie haben für die äußeren Demütigungen ihrer intern schon immer instabilen Würde das Langzeitgedächtnis von Elefanten. So gewiß sie auf die Aufkündigung der moralischen Wahlverwandtschaft durch Westdeutsche zunächst depressiv und lamentierend reagierten, ebenso gewiß ist, daß sie jede Verletzung ihrer Würde mit einer im stillen eiskalten Kalkulation beantworten, die sie ohne Rücksichtnahme abarbeiten werden. Die den Nerv der ostdeutschen Mentalität treffenden Mahnungen des Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker, die Aufgabe der Einheit endlich in Angriff zu nehmen, werden parteipolitisch und von der Mehrzahl westdeutscher Medien noch immer nicht hinreichend oder schlichtweg falsch umgesetzt. Die Mehrheit der Westdeutschen könnte dabei zum Opfer ihres eigenen Selbstbewußtseins werden und in der Permanenz eines nicht mehr kontrollierbaren Kleinkrieges mit der ostdeutschen Mehrheit, also dann schon zu spät, aufwachen. Vermeiden wir, daß dieser deutsch-deutsche Kleinkrieg mit den allen bekannten neuen Herausforderungen Deutschlands von außen zusammenfalle!

Die protestantische Mentalität der allermeisten Ostdeutschen läßt sich durch eine symbolisch taktvolle und in der Sache differenzierte Beschämung moralisch unglaublich aktivieren und vor Rückfällen in monopolistische Strukturen feien. Es ist ihr jedoch unmöglich, ihren Anspruch auf moralische Selbst-Regulation im Diesseits, nicht in der Wohnküche moralistischer Intellektueller, je abzutreten — am allerwenigsten an einen Verein von selbsternannten und öffentlichen Gewissens-Verwaltern, die heute inoffiziell vom Monopol der Stasi-Akten-Administratoren leben. Wo wirk-

liche Opfer oder Helden eher schweigen, wirkt die öffentliche Schaustellung solcher Rollen nicht mehr moralisch.

Der Moralismus schlägt im Diesseits, vor allem als politische Praxis, in amoralische Konsequenzen um. Vielleicht ist dies überhaupt die wichtigste Lehre aus der Geschichte der DDR. Eine protestantische Mehrheit läßt sich durch keine humanistische Phrase mehr moralistisch verführen oder erpressen. Sie ist pragmatisch geworden. Wer am Rollenspiel des Moralisten festhält, ohne sich als Wahlverwandter mit all seinen Schwächen erkennen zu geben und ohne die Folgen seiner Rolle für andere heute zu bedenken, besteht seine jetzige moralische Bewährungsprobe nicht. Wer in Überdramatisierung seines erlittenen Leids die Hand zur Versöhnung, zur Peripetie der Beschämung in Läuterung, verweigert oder auch nur zu lange hinauszögert, übernimmt nolens volens eine andere Rolle. Er erscheint dem diesseitig orientierten Mehrheits-Protestanten als jemand, der symbolisches Kapital nur anhäuft, um es in politisches oder ökonomisches einzutauschen, wodurch er jede moralisch läuternde Wirkung verliert. Sieht der Mehrheits-Protestant seine moralische Autonomie durch eine neue Gesinnungsdiktatur, die zudem auch noch mit moralistischer Erpressung hantiert, gefährdet, schaltet er wie bereits im Falle des Staatssozialismus von der erst wahlverwandtschaftlichen Beziehung um auf rationale Kalkulation. Er verschließt sich jedem weiteren moralischen Lernvorgang.

Vor dieser Verkehrung der richtigen Absicht, den moralischen Lernprozeß unter den Ostdeutschen zu befördern, kann die gesamtdeutsche Öffentlichkeit nicht genug gewarnt werden. Diese Verkehrung tritt mental zwangsläufig ein, sobald sich irgend jemand die Rolle eines extramundanen Gott-Richters anmaßt, an die kein Ostdeutscher protestantischer Mentalität glaubt, weder unter seinesgleichen, sie mögen geflohen oder daheim geblieben sein, noch unter Westdeutschen, sie mögen früher in die DDR ein Weihnachtspäckchen geschickt oder auch dies noch unterlassen haben.

Undifferenzierte Eingriffe von außen durch westdeutsche Entscheidungssträger führen, selbst im Bunde mit ostdeutschen Alibis, zu falschen Solidarisierungen, die sich unter Ostdeutschen informell tatkräftiger als öffentlich wortreich gestalten. Wer frühere Wachsoldaten auch nicht mehr bei der Müllabfuhr beschäftigt, wer international anerkannte Transplantations-Chirurgen wegen nicht hinreichend geklärter Stasi-Vorwürfe vor-schnell entläßt, wer überhaupt die DDR-Vergangenheit als Mittel zur Beseitigung heute unliebsamer Konkurrenten oder als Ablenkungsmanöver und Sündenbock mißbraucht, sollte sich über die von ihm selbst provozierten Solidarisierungen nicht wundern. Noch besteht das Bedürfnis der ostdeutschen Mehrheit darin, aus der Logik des Auge um Auge, des Zahn

um Zahn, des Unrecht um Unrecht herauszukommen. Demokratie und Rechtsstaat, bleibt beim Verfahrens- statt Gesinnungs-Maß und bei der richtigen Verteilung der Beweislasten, um so mehr als nun die Öffnung der Akten bevorsteht. Entkoppelt die dringend nötige moralische Differenzierung von sozialen Sanktionen und Ausschlüssen!

Die größten Verlierer unter den Ostdeutschen sind die zumeist jungen, wenig gebildeten und für Modernisierungsprozesse kaum geeigneten Neonazis. Sie waren bereits in der DDR der 80er Jahre (vorher gab es sie nicht) die von allen — ob Konservativen, Reformern oder Oppositionellen — Ausgeschlossenen. Sie kamen sich selbst als die einzig radikale, weil den anti-faschistisch-humanistischen Grundkonsens auflösende Alternative vor. Dieser kompromißlos humanistische und viel zu selbstverständliche Konsens war als Kritik an den monopolistischen Kontinuitäten und deren mentalen Affinitäten pro domo inkonsequent. Chancenlos Ausgeschlossene bedürfen eines konsequenten Ausdrucks ihrer Lebenslage. Ein solcher war bei der offiziell linken Legitimation und bei der selbst unter Kritikern noch DDR-bezogenen Argumentation nur im Zusammenfall rechter und großdeutscher Ideologeme zu finden. Wer keine Chance in einer reformerischen Modernisierungspraktik sah, da er in derselben auf die Rolle des ewigen Verlierers festgelegt werden konnte, reproduzierte die offizielle Monopolstruktur im Kleinformat einer Gruppe, nur mit inhaltlich umgekehrtem Vorzeichen, d. h. wurde Neonazi. Da der Beitritt der DDR zu keiner Wieder-Vereinigung, der größten Hoffnung dieser Gruppen, führte, blieben die Enttäuschten die erneut Ausgeschlossenen, nur diesmal ideologisch, finanziell, organisatorisch und technisch von ihren westdeutschen Gesinnungsgenossen gestärkt. Was in der DDR als Potential zum symbolischen Amoklauf kleiner Gruppen begann, wird so zur realen Gefahr durchorganisierten Terrors.

Die ostdeutschen Neonazi-Gruppen sind nicht minder beunruhigend als die westdeutschen oder vergleichbare in Westeuropa und den USA, wohl aber weniger beunruhigend als die in der zerfallenden Sowjetunion. Ich meine dies strukturell und mental. Sowenig die westliche moderne Gesellschaft eine Lösung für das Problem gefunden hat, der Verstetigung der Position von Wettbewerbssiegern zu Monopolen vorzubeugen, sowenig hat sie eine Lösung für die andere Seite derselben Medaille, d. h. für das Problem der Verstetigung der Position von Verlierern oder für diejenigen, die von vornherein an keinem im westlichen Sinn freien Wettbewerb teilnehmen können, weil ihnen die Startbedingungen fehlen. Der relative Vorteil der westlich modernen Gesellschaft besteht in ihrer Kombination aus Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und Sozialstaat. Diese Kombination hält die berühmten zwei Drittel der Bevölkerung in mobiler Integration. Neonazis und diesen vergleichbare Gruppierungen, die sich

aus dem dritten Drittel rekrutieren, stellen einen gefährlichen Präzedenzfall dar. Dieser sollte in der Öffentlichkeit die historische Kontingenz dieser Kombination zu Bewußtsein bringen, die derzeit die westliche Moderne ausmacht. Was aber geschieht, wenn das dritte Drittel wächst oder wenn — wie im Falle der ehemaligen Sowjetrepubliken — absehbar ist, daß die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Potentiale kaum zu einer Ein-Drittel-Gesellschaft reichen werden?

Ich beneide keinen Apologeten einer Post-Histoire oder falschen Post-Moderne, niemanden, der die alte Bundesrepublik oder sonst eine liberale Gesellschaft für das Ende der Geschichte hält, in deren Strudel nun alles wieder gerät. Uns Ostdeutschen scheint die undankbare Aufgabe zuzufallen, Überbringer einer offenbar schlechten Nachricht zu sein: Die Euch so selbstverständliche Kombination ist historisch kontingent. Wir erfuhren es an unseren Leibern: Spiele werden ernst. Es war nicht das Make-up, es war die eigene Haut, mit der wir noch einmal davongekommen. Auf dem Prüfstand der Weltgeschichte steht längst Eure, von uns geteilte Kombination. Verspielen wir sie nicht im Siegesgeschrei.